

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

9. – 11. Juni 2010

MdL Peter Ritter

TOP 18

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Lubmin darf nicht schleichend zum Endlager für hochradioaktiven Abfall werden

Drucksache 5/3494

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

ich habe in den vergangenen Minuten, einen solchen Wasserfall an Krokodilstränen gesehen, dass ich mich wundere nicht nasse Füße zu haben.

Ja, es ist so, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat bei dieser Frage so gut wie nichts zu sagen.

Wir müssen nicht gefragt werden, ob der Bund über hunderte von Kilometern Castoren quer durch unser Land schicken darf.

Wir müssen auch nicht gefragt werden, ob und welche hochradioaktiven Abfälle in Lubmin über viele, viele Jahre gelagert werden.

Das entscheiden wir nicht. Aber müssen wir das einfach so hinnehmen?

Nein, denn ob und wenn ja welcher Atommüll in Lubmin geparkt wird, ist eine zutiefst politische Frage.

Da wäre zunächst einmal die Frage nach der Atompolitik.

Die rot-grüne Bundesregierung wollte den Ausstieg aus der Atomenergieerzeugung. Im Konsens mit der Atomwirtschaft wurden Laufzeiten vereinbart. Teil des Konsenses war ebenso, dass die Kraftwerksbetreiber an ihren Standorten Zwischenlager einrichten, bis ein Endlager eingerichtet ist. Von allen Kraftwerksbetreibern wurde die Einrichtung solcher Zwischenlager beantragt.

Das war auch ganz logisch, denn so lange Atomkraftwerke betrieben werden und weit darüber hinaus, ist ein verantwortlicher Umgang mit dem Abfall erforderlich. Verantwortlich heißt in dem Fall – einlagern, so sicher, dass die gefährliche todbringende Altlast möglichst keinen Schaden anrichten kann.

Beim Endlager ist rot-grün nicht weiter gekommen. Dann kam die große Koalition. Da hat sich im Großen und Ganzen nichts getan, aber der Ausstiegskonsens blieb erhalten!

Und jetzt?

Die Laufzeiten der Atomkraftwerke sollen verlängert werden. Es zeigt sich, dass das selbst für eine schwarz-gelbe Bundesregierung aber nicht so einfach ist. Ein Ergebnis gibt es bisher nicht und die Tricks, am Bundesrat vorbei, einen Beschluss fassen zu wollen, sind einfach verantwortungslos.

Zunächst gilt aber das unter rot-grün beschlossene Gesetz, auch der Teil zur Zwischenlagerung!

Es ist eine politische Frage.

Wenn aber der Bund von privaten Betreibern von AKWs verlangt, die Zwischenlagerung möglichst am Standort zu organisieren, dann ist das Mindeste, dass Bundesbehörden und ein in Bundeseigentum befindlicher Betrieb – wie die EWN – nicht gegen den erklärten Willen des Parlaments und der Regierung des Landes Handeln, um dessen Territorium es geht.

Aber hierbei gibt es ein Problem.

Sie sagen: Wir können ohnehin nichts ändern.

Die Rechtslage ist eben so.

Damit signalisieren Sie einen Freibrief, einen Freibrief dafür,

- ? dass in Lubmin alles konditioniert und puffergelagert wird, dessen der sehr rührige EWN-Geschäftsführer habhaft werden kann.
- ? dass Castortransporte im Gesundheits-, Tourismus- und Familienland Mecklenburg-Vorpommern zum Alltag gehören werden.

Wenn Sie das wollen, dann müssen sie unseren Antrag ablehnen. Bei der SPD wäre das wieder ein Mosaiksteinchen für die Tafel der Unglaubwürdigkeit.

Aber verlassen Sie sich nicht darauf, meine Damen und Herren, dass der Widerstand gegen Castortransporte auf ewig so bleiben wird in unserem Land.

Wenn die Menschen erkennen, dass in Lubmin eine Altlast wächst, weil das „zwischen“ bei Zwischenlager nur mit der rechtlichen Kategorisierung zu tun hat. Aber nichts darüber aussagt, wie lange denn „zwischen“ ist und wenn nötig auch ewig sein kann.

Spätestens dann werden auch bei uns die Proteste größer und nicht nur von außen ins Land getragen werden.

Deshalb noch einmal! Stimmen Sie unserem Antrag zu.